

Artikel Tagesspiegel Berlin
Erschienen am 13.06.2022

Plessa – Da reibt sich mancher Autofahrer verwundert die Augen. Direkt an der Bundesstraße 169 in der Gemeinde Plessa im Elbe-Elster-Kreis bietet sich seit einiger Zeit ein skurriles Bild: Ein dunkler Pkw ist frontal und fast bis zur Hälfte in der Erde versunken. Nur das Heck schaut heraus...

Ein Unfall kann das Ganze angesichts fehlender Polizei und Rettungskräfte nicht sein, ein illegaler Verschrottungsversuch kommt auch nicht in Betracht, denn das Auto soll ganz offensichtlich ja gesehen werden. Ebenso wie die in der Nähe stehenden Plakate. „Das kann passieren durch Altbergbau! Nichts gelernt?“ ist darauf zu lesen. Und etwas weiter unten steht „Die Lösung: Südumfahrung“.

So mancher Kraftfahrer, den der versunkene Polo keine Ruhe lässt, hat sich schon auf weiteren Schautafeln über die Hintergründe informiert. „Viele Menschen fragen nach – insofern ist unsere Aktion erfolgreich“, sagt der Sprecher der Bürgerinitiative "Keine Nordumfahrung Kahla-Plessa B169", Hans-Jürgen Schröder. Der Polo sei übrigens ordnungsgemäß abgemeldet, versichert er. In absehbarer Zeit werde man ihn ebenso ordnungsgemäß verschrotten, auch wenn die Aktion das eigentliche Ziel der BI noch nicht erreicht hat. Das besteht nämlich, wie der Name schon sagt, darin, die sogenannte Nordumfahrung von Plessa und dem Nachbarort Kahla zu verhindern. Aber der Reihe nach: Schon sehr lange leiden die Einwohner von Plessa wie auch anderer Gemeinden unter dem starken Verkehr auf der Bundesstraße 169, die von Cottbus über Senftenberg, Elsterwerda, Riesa, Döbeln und Chemnitz bis ins sächsische Vogtland führt. Eine Ortsumfahrung könnte die Ortsansässigen vor allem von den zahlreichen Lastkraftwagen entlasten und Pendler schneller ans Ziel kommen lassen, sagt Hans-Jürgen Schröder. Bund, Land und Kommunen waren sich darüber schon vor vielen Jahren einig und so begannen die Planungen, erzählt er. Dabei sei stets eine südliche Umfahrung der Gemeinde ins Auge gefasst worden. Die führe zwar teilweise durch Landschafts- und Naturschutzgebiete, doch es sei immer klar und bis vor einigen Jahren auch gesetzlich möglich gewesen, dafür eine Ausnahmegenehmigung zu erhalten. Doch ab 2016 habe das brandenburgische Infrastrukturministerium die Planung der Ortsumfahrung vom Landesbetrieb für Straßenwesen an die Projektmanagementgesellschaft Deutsche Einheit Fernstraßenplanungs- und -bau-GmbH (Deges) gegeben - und die favorisiere nun die Nordumfahrung. Letzteres habe nichts mit dem Wechsel zu Deges zu tun, sagt die Sprecherin des Brandenburger Infrastrukturministeriums, Katharina Burkardt. Die Nordumfahrung habe sich vielmehr nach sorgfältiger Überprüfung als die beste Variante erwiesen und sei 2021 auch durch das Fernstraßenbundesamt bestätigt worden: "Deshalb muss nun die Planung mit dieser Trasse fortgeführt werden." Gleichwohl nehme man die Bedenken der Bürger ernst und versuche in zahlreichen "Dialogformaten" darauf einzugehen.

Die Bedenken sind tatsächlich zahlreich, sagt Hans-Günter Schröder. "Zum einen führt die nördliche Umfahrung durch zwei Wohngebiete mit mehr als 50 Häusern, einen mehrere Hektar großen Wald, der gefällt werden müsste, und einen Solarpark. Zum anderen -und das ist wesentlich brisanter - über ehemaliges Bergbaugelände."

Was das heißt, weiß im ehemaligen Lausitzer Braunkohlerevier jeder. Der Tage- und Unter-Tagebau hat oft unsichtbare, weil tief in der Erde verborgene Spuren hinterlassen. Wenn während und nach dem Abbaggern Löcher, Wasserabfluss-Kanäle oder sonstige Hohlräume nicht ordnungsgemäß beseitigt wurden, kann es noch Jahre oder gar Jahrzehnte und Jahrhunderte später zu Rutschungen kommen. Bekanntestes Beispiel ist die Katastrophe von Nachterstedt in Sachsen-Anhalt, wo am

19.Juli 2009 ein 50 000 Quadratmeter großes Uferstück des aus einem Tagebau entstandenen Concordia-Sees abbrach und drei Menschen sowie zwei Wohnhäuser in die Tiefe riss.

Auch anderswo kommt es in den ehemaligen mittel- und ostdeutschen Braunkohlerevieren immer wieder einmal zu glücklicherweise nicht ganz so folgenschweren Erdbeben. Im April 2021 traf es auch die B 169. Sie musste zwischen Sedlitz und Senftenberg voll gesperrt werden, nachdem sich Risse gebildet hatten und bei planmäßigen Erkundungskontrollbohrungen unterirdische Hohlräume festgestellt wurden. Bis heute dauert die Sanierung an.

Umso weniger können es die Mitglieder der Bürgerinitiative verstehen, dass die Nordumfahrung nun wieder über Bergbaugelände führt.

Auch der Plessaer Amtsdirektor Göran Schrey hat große Bedenken. "Das ist unerforschter Baugrund", sagt er: "Ein Experte hat das mal mit einem Schweizer Käse verglichen: Man weiß, dass er Löcher hat. Aber man weiß nicht ihre Länge, ihre Größe und ihre Lage. Muss man über ein solches Gelände eine Straße bauen?"

Die Bürgerinitiative verweist auch auf die Stellungnahme des Brandenburger Landesamts für Bergbau, Geologie und Rohstoffe (LBGR) zu dem betreffenden Gebiet. "In allen Risikobereichen des untertägigen Altbergbaus können im Deckgebirge praktisch ... noch sogenannte ‚hängende Brüche‘ vorhanden sein", heißt es da. Es bleibe trotz aller Sicherungsmaßnahmen stets ein Restrisiko, weshalb man zu der Schlussfolgerung kommt, "dass der aktuelle Zustand der vom Bergbau beeinflussten Flächen aus der Sicht des LBGR derzeit eine Bebauung nicht zulässt" und ein geotechnisches Baugrundgutachten empfiehlt.

Das habe man sehr wohl im Blick, sagt ein Deges-Sprecher. Man habe "ein qualifiziertes Fachplanungsbüro beauftragt, welches die vorhandenen Gegebenheiten im Altbergbaugebiet nach aktuellen Erkenntnissen qualitativ und quantitativ bewertet". Danach würden gegebenenfalls zusätzliche Erkundungen durchgeführt und anschließend hieraus erforderliche Sanierungs- und Sicherungsmaßnahmen abgeleitet.

"Und wie lange soll das alles dauern und vor allem: was soll das alles kosten?", fragt Amtsdirektor Schrey. Er will sich deshalb nach wie vor für die Nordumfahrung engagieren, genau wie die Bürgerinitiative, die nach dem "versunkenen" Auto weitere, spektakuläre Protest-Aktionen angekündigt hat. Näheres will Sprecher Schröder nicht verraten. Autofahrer könnten sich aber schon bald wieder erstaunt die Augen reiben, wenn sie durch Plessa fahren. Sandra Dassler

Verlag Der Tagesspiegel GmbH
Askanischer Platz 3, 10963 Berlin
Geschäftsführung: Gabriel Grabner, Ulrike Teschke
Amtsgericht Charlottenburg HRB 43850 B